Berlin, 17.11.2020

der von der Bundesregierung dieser Tage vorgelegte Achte Altersbericht greift viele Dinge und Anliegen auf, die wir als Senioren-Union seit langer Zeit bearbeiten und in vielen Fällen auch durchsetzen konnten. Schwerpunkt des neuen Berichtes ist die Digitalisierung, die älteren Menschen viele zusätzliche Chancen und Möglichkeiten bietet, lange ein selbständiges und eigenverantwortliches Leben zu führen. Diese Erkenntnis deckt sich mit Forderungen aus unserer politischen Arbeit nach größerer Teilhabe der älteren Generation an der fortschreitenden Technisierung und Digitalisierung in vielen Lebensbereichen.Eine solche Teilhabe ist unumgänglich, damit die Gesellschaft sich nicht spaltet in eine Gruppe, die sich im digitalen Prozess auskennt und in eine andere, der im gesellschaftlichen

Miteinander die Fähigkeit fehlt, sich zu behaupten oder zurechtzu-finden. Dieser Zustand käme einem Schisma gleich und würde die Stabilität unseres Landes infrage stellen.

Die aktuelle Situation rund um das Corona-Virus und die ersten Erfahrungen aus der Corona-Krise müssen dahingehend als besonderer Anlass sein, u.a. in Alters- und Pflegeheimen, in Krankenhäusern und Behinderteneinrichtungen umgehend Zugänge zu leistungsfähigen Internet-Verbindungen zu schaffen. Der „Lockdown" hat besonders, wie wichtig digitale Kommunikation auch und gerade für die ältere Generation ist.

Notwendiges darf nicht weiter aufgeschoben werden, es ist jetzt Zeit zu handeln. Bewohner und Patienten leiden nach wie vor unter der Vereinsamung und dem fehlenden Kontakt zu Angehörigen, zu Kindern, Enkeln oder Urenkel. Die aktuell wieder ansteigenden Infektionszahlen zeigen einerseits, dass die geforderten Maßnahmen keinen Aufschub dulden, andererseits sind sie eine Mahnung, das Andauern der Pandemie nicht zu vehemmisen, sondern sehr ernst zu nehmen.

Vorausschauend und mit Bedacht haben wir unsere für den Spätherbst vorgese-hene Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union in das nächste Jahr verlegt. Nicht nur damit wollen wir Zeichen setzen, Vorbild wollen wir auch weiterhin sein, wenn es um die Einhaltung der Hygienevorschriften und das Tragen der Mund-Nasen-Masken geht.

Machen Sie mit, ich zähle auf Sie

Ihr

Prof. Dr. Otto Wulff

In allen Lebensbereichen halten neue Technologien Einzug

In allen Lebensbereichen halten neue Technologien Einzug – vom Einkauf über das Bankgeschäft bis zum virtuellen Arztbesuch. Auch Senioren kommen daran nicht vorbei. Dazu im Kurzinterview Marcus Weinberg, seniorenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion.

Marcus Weinberg: Digitale Angebote können das Leben leichter machen, und zwar in vielen Bereichen. Ich denke zum Beispiel an Haushaltsroboter und Systeme, die die Wohnung intelligent sichern, die Brände oder Stürze melden. Sie führen dazu, dass Menschen länger selbständig in den eigenen vier Wänden wohnen bleiben können. Wir haben auch gerade in der Corona-Krise gesehen, wie Smartphones und Tablets dabei helfen, den Kontakt zu Familie und Freunden aufrecht zu erhalten, wenn man nicht so mobil ist. Soziale Kontakte, gerade auch die Familie, sind für uns Menschen zentral. Sie verbessern auch die Gesundheit. Besonders in der Pflege liegt noch viel Potenzial zum Einsatz digitaler Technik. Allerdings können diese Technologien die zu Pflegenden und die familiären oder professionellen Pfleger unterstützen und entlasten, nicht aber die Pflegerin oder den Pfleger komplett ersetzen. Es gibt auch Risiken. So müssen die Nutzer die Kontrolle über die Technik haben, und nicht umgekehrt. Deshalb müssen der Lebensalltag, die Bedürfnisse und vielleicht auch Sorgen der älteren Nutzerinnen und Nutzer bereits bei der Entwicklung eine große Rolle spielen.
Weinberg: "Individuelle Unterstützung bei der Anwendung von digitalen Angeboten."

Sehen Sie in der Digitalisierung eher Risiko oder Chance für das Alter?

Marcus Weinberg: Die Bundesregierung arbeitet intensiv am flächendeckenden Ausbau von Breitband und Mobilfunk. Weiße Flecken in ländlichen Räumen werden gezielt geschlossen. Alten- und Pflegeheime und anderen Wohnformen sollten Internetzugang anbieten. Und schließlich sollte jeder, der Bedarf hat, individuelle Unterstützung bei der Anwendung von digitalen Angeboten bekommen. Da leisten zum Beispiel die Mehrgenerationenhäuser einen wichtigen Beitrag, die der Bund finanziert. Sie bieten – wie auch viele lokale Initiativen oder Volkshochschulen – vielfach Kurse und Coachings an. Wir werden das Thema Digitalisierung im Alter weiterhin im Blick behalten, damit alle von den Chancen profitieren können und Risiken minimiert werden.

Internet für Senioren nicht nur in Corona-Zeiten ein Segen

Smartphone und Internet haben sich in Corona-Zeiten als wahrer Segen für viele Senioren entpuppt. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes nutzt bereits jeder Zweite der Jahrgänge 60plus täglich das World Wide Web, um im Video-Chat per WhatsApp mit der Familie zu plaudern oder im Netz selbstständig Wissenswertes zu „googeln". Weil Berührungsängste der Älteren gegenüber dem Internet zunehmend schwinden, erweist sich das Netz für Silver Surfer oft als willkommener Helfer zur Bewältigung des Alltags.

In Studien von ARD und ZDF nutzten 17 Prozent der 50- bis 69-Jährigen in Deutschland mehrmals wöchentlich die Angebote von Facebook. Der Bundesverband der Deutschen Wirtschaft stellte in einer aktuellen Studie zur digitalen Mobilität fest, dass 66 Prozent der älteren Internetnutzer die Online-Fahrpläne der Verkehrsbetriebe nutzen und immerhin 53 Prozent in den Karten bei Google Maps surfen. Beinahe jeder zweite Senior informiert sich im Netz über Reiseziele und Hotels. Auch wenn es um Hausrenovierungen, Rente oder Bankgeschäfte geht, greifen Ältere immer häufiger zurück auf Informationsangebote im Netz.

Besonders moderne Senioren-Smartphones werden häufig zu unverzichtbaren Helfern in der Not. Neben großen Tasten, einem kontrastreichen Display, lauten Klingeltönen und gut lesbaren Zeichen verfügen einige Handys über einen Notfallknopf, über den im Ernstfall automatisch die Familie, der Arzt oder eine Pflegekraft informiert werden können.

Dass der digitale Fortschritt das Leben der Senioren künftig bereichern kann, beweisen auch Tests mit dem Einsatz munterer Roboter in einzelnen Pflegeheimen. Die kleinen Kerlchen werden dort eingesetzt, um Bewohner bei Gedächtnisspielen, Gesang oder Gymnastik zu unterhalten. Und laut einem Bericht im Fachmagazin „Medical Tribune" kommt der Robotер mit dem 20 Motoren, dem runden Kopf und großen Augen bei den Senioren als Märchenerzähler, Quizmaster und Entertainer hervorragend an. In Japan übernehmen die Roboter sogar Pflegeaufgaben und unterstützen das Personal, wenn ein Bewohner vom Bett in den Rollstuhl gesetzt wird. In Deutschland ist dies allerdings - bisher - nicht geplant. Es geht allein um den Spaßfaktor.

Wilfried Goebels

Senioren-Union: Linksbündnis im Bund Gefahr für Deutschland

Rot-rot-grüne Planspiele für die Bundestagswahl 2021 sind aus Sicht des Bundesvorsitzenden der Senioren-Union der CDU, Prof. Dr. Otto Wulff, ein „Akt der Verzweiflung" der Sozialdemokratie. „Wer ausgerechnet mit den Erben der früheren DDR-Staatspartei SED die nächste Bundesregierung stellen will, versündigt sich an den Werten von Demokratie und Freiheit", mahnte Wulff.

„Willy Brandt würde sich im Grabe umdrehen, wenn die Söhne und Töchter der Mauerbauer mit den Sozialdemokraten als Juniorpartner in der Bundesregierung sitzen würden."

Die SPD-Vorsitzenden Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken hatten am Wochenende erklärt, dass sie ein „progressives Bündnis" mit der Linkspartei für „möglich und denkbar" hielten. Dabei sei nach Angaben von Esken auch ein Bündnis unter grüner Führung nicht ausgeschlossen.

Senioren-Chef Wulff sieht darin ein deutliches Zeichen für den Niedergang der „einst stolzen Sozialdemokratie". Für die Wähler sei nun ein Jahr vor der Bundestagswahl die Alternative klar erkennbar: „Nur eine stabile und kompetente Bundesregierung unter Führung der CDU/CSU kann die anstehenden Probleme in der Politik meistern. Ein ideologisch geprägtes Rot-Grün-Linksbündnis würde die Sicherheit und die wirtschaftliche Prosperität in Deutschland ernsthaft gefährden", stellt Wulff fest.

EU erkennt Ergebnis der Wahlen in Belarus nicht an

Im Anschluss an einen Sondergipfel der EU-Staats- und Regierungschefs zur Lage in Belarus hat Bundeskanzlerin Angela Merkel betont, dass die europäische Union das Wahlergebnis in Belarus nicht anerkennt. Es gebe für die EU „keinen Zweifel daran, dass es massive Regelverstöße bei den Wahlen gegeben hat", sagte sie. „Die Wahlen waren weder fair noch frei. Und deshalb kann man die Ergebnisse dieser Wahlen auch nicht anerkennen."
Weiter bekräftigte sie, das Meinungsfreiheit und das Recht auf Demonstrationen garantiert werden müssten.

Außerdem müssten alle Gefangenen bedingungslos freigelassen werden. Zudem setze man sich - wie von der Opposition gefordert - für einen nationalen Dialog ein. Deutschland wolle dabei helfen, so Merkel, dass die friedlich demonstrierende Zivilgesellschaft eine faire Chance bekomme. Letztlich müsse Belarus „einen Weg für sich allein finden", das funktionieren nur über einen Dialog im Land und nicht über Einmischung von außen.

In Antwort auf die Polizeigewalt bei Demonstrationen hatten die Außenminister der EU-Staaten bereits vergangene Woche Sanktionen gegen Unterstützer Lukaschenkos auf den Weg gebracht. Zudem soll es Strafmaßnahmen gegen Personen geben, die für eine Fälschung der Präsidentenwahl verantwortlich gemacht werden.

Generalsekretär Paul Ziemiak: CDU-Parteitag im Dezember kompakt und möglichst kurz

Auf der virtuellen Pressekonferenz im Anschluss an die CDU-Gremiensitzung hat Generalsekretär Paul Ziemiak bekräftigt, dass der Kampf gegen Corona weiter oberste Priorität habe: „Wir sind getragen von dem Ziel, dass die Infektionszahlen nicht wieder weiter steigen."
Parteitag in Stuttgart – Planungen unter Corona-Bedingungen

Die Corona-Pandemie wirke sich auch auf die Planungen für den kommenden Parteitag im Dezember in Stuttgart aus. Deshalb werde es voraussichtlich ein kompakter, möglichst kurzer Parteitag. Es gebiete auch die Verantwortung gegenüber den Delegierten, nicht über drei oder vier Tage zusammenzukommen. Das Programm für den Parteitag werde der vom kommenden Wochen erarbeitet, primär gehe es um die Neuwahl des CDU-Parteivorsitzes. Der Bundesvorstand werde in seiner nächsten Sitzung im September über die genaueren Planungen zum Parteitag beraten.

Politische Bildung bleibt wichtig

Außerdem setzt sich die CDU dafür ein, dass jeder Schüler und jede Schülerin einmal in der Schulzeit eine KZ-Gedenkstätte besuchen soll. Der Beschluss „Die historisch-politische Bildung stärken. Förderung schulischer Exkursionen zu KZ-Gedenkstätten" wurde mit großer Mehrheit verabschiedet. Ziemiak: „Wir wollen nicht nur erinnern, sondern auch mahnen." Historische politische Bildung sei wichtig, vor allem, weil es immer weniger Zeitzeugen gebe.

Polizeikommissarin warnt: Krawalle wie in Stuttgart drohen auch in NRW-Städten

FOCUS-Online-Reporter Axel Spilcker

Vor fünf Jahren veröffentlichte Tania Kambouri den vieldiskutierten Bestseller „Deutschland im Blaulicht".

Im Interview mit FOCUS Online warnt die Polizeioberkommissarin mit griechischen Wurzeln nun: Krawalle wie in Stuttgart oder Frankfurt drohen auch in NRW-Städten.
In ihrem Buch schilderte Tania Kambouri, 37, aus Bochum den schwierigen Streifendienst mit aggressiven, jungen Migranten.

Jetzt kritisiert die Polizeioberkommissarin die Politik scharf wegen pauschaler Rassismusvorwürfe und sagt: „Die Polizei kann der wachsenden Gewaltbereitschaft immer weniger Einhalt gebieten".

FOCUS Online: Die SPD-Vorsitzende Saskia Esken hat der Polizei einen latenten Rassismus unterstellt, wie kommt so etwas bei Ihnen an?
Tania Kambouri: Das sind schwer zu ertragende Vorwürfe. Es ist für mich nicht nachvollziehbar, wie man einer gesamten staatlichen Institution Rassismus unterstellen kann. Polizisten stellen einen Querschnitt der Bevölkerung dar, sodass es auch hier zu Fehlverhalten einzelner kommen kann. Uns unter Generalverdacht zu stellen, macht mich sehr wütend.

Das vollständige Interview lesen Sie hier:

Focus Interview

Senioren-Union: Flughafen Tests überdenken, Quarantäne für Risikoträger

Die Senioren-Union der CDU begrüßt die Überlegungen von Gesundheitsminister Jens Spahn, die Corona-Pflichttests für Reiserückkehrer aus Risikogebieten umzugestalten bzw. abzuschaffen.

Die Seniorenvereinigung unterstützt Pläne zu einer generellen Quarantänepflicht für Risikoträger, die nach wenigen Tagen durch ein negatives Testergebnis beendet werden kann.

„Es spricht einiges dafür, die Tests erst einige Zeit nach der Einreise durchzuführen", sagte der Bundesvorsitzende der Senioren-Union der CDU, Prof. Dr. Otto Wulff, am Dienstag in Berlin. „Offenbar weiß man erst dann, ob sich jemand auf der Heimfahrt oder noch kurz vor Antritt der Rückreise infiziert hat."

Zu bedenken sei auch – heißt es bei den CDU-Senioren – dass Massentests sehr viele Kapazitäten in den längst überlasteten Laboren binden und damit zeitfüllende Proben z.B. in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen sowie bei den dort Tätigen ins Hintertreffen geraten.

Gleichzeitig fordert die Senioren-Union zum wiederholten Male die konsequente Einhaltung der Bestimmungen zum Tragen der Mund-Nasen-Masken und plädiert für eine strengere bundeseinheitliche Sanktionierung bei Zuwiderhandlungen. „Die hohen Corona-Zahlen machen deutlich, dass Nachlässigkeit und Leichtsinn völlig fehl am Platze sind", mahnt Wulff. „Ansammlungen von Personen ohne Maske bedeuten ein erhöhtes Risiko für eine Infektion und eine Gefährdung von Menschen. Dies gilt auch für Feiern im für harmlos gehaltenen Familien- und Freundeskreis."

Senioren-Union der CDU Deutschlands
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin
Deutschland

030 22070445
senioren-union@cdu.de
www.senioren-union.de
V.i.S.d.P. Claus Bernhold

Abmelden von diesem E-Mail-Verteiler können Sie sich hier.